

# BERLINER RUNDSCHAU



**FÜR EINE BESSERE BILDUNG IN BERLIN**

**DIE NEUE REGIERUNG STEHT**

**SEIEN SIE MIT VON DER PARTIE**

Bis 2025 braucht Berlin etwa 85.000 neue Schulplätze.

Das Wort Lehrer entstammt dem althochdeutschen Begriff „lêrâri“ und bedeutet: „Einer, der durch Nachspüren Wissen macht.“

Die größte Schule der Welt ist die „City Montessori School“ im indischen Lucknow - mit über 51.000 Schülern, 2.500 Lehrern und 2.000 Klassenzimmern.

Bis zu 9 Jahre dauert es durchschnittlich, um in Berlin eine Schule zu bauen.

Jede neunte Unterrichtsstunde fällt in Berlin aus oder wird durch eine Vertretung gehalten.

Wussten Sie schon?

In Pankow gibt es die meisten Schüler (33.000), in Treptow-Köpenick die wenigsten (21.000).

China hat mit der „Gaokao“ die härteste Abschlussprüfung der Welt; die Prüflinge sollen bei der zweitägigen Prüfung nicht gestört werden, so dürfen etwa in Peking Krankenwagen ihre Sirenen nicht benutzen.

In Europa gibt es die längsten Schulferien in Bulgarien (102 Tage) und die kürzesten in Tschechien (56). Deutschland liegt mit 72 Tagen im Mittelfeld.

## Das Leben der Menschen jeden Tag verbessern

Liebe Leserinnen und Leser,

Deutschland hat endlich wieder eine neue, handlungsfähige Regierung – die Arbeit kann beginnen. Der zwischen der Union und den Sozialdemokraten geschlossene Koalitionsvertrag umfasst auf 177 Seiten zahlreiche Projekte, die das Leben für die Menschen in unserem Land jeden Tag ein wenig verbessern werden. Dazu gehören: die Bildung und Familien fördern, die Innere Sicherheit stärken, die Zuwanderung steuern, das Wohnen erschwinglich halten, privates Bauen ermöglichen, die Pflege stärken und vieles mehr.

Die rot-rot-grüne Berliner Landesregierung ist indessen nach einem chaotischen Start über zwischenzeitliche Gute-Laune-Perioden nun wieder zu einer

umfassend schlechten Stimmung übergegangen. So streitet sie sich etwa beim Thema Flüchtlingsnachzug offen vor dem Bundesrat oder aber die SPD-Fraktion übt (zu Recht) mit ganzen 23 Einzelforderungen scharfe Kritik an der Wohnungspolitik von Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke).

Ich freue mich, dass im Gegensatz zu Rot-Rot-Grün die Berliner CDU in Fraktion und Partei engagiert und sachkundig an den Themen der Stadt arbeitet. In dieser Schwerpunktausgabe zum Thema Bildung finden Sie zahlreiche Berichte und konkrete Vorschläge, so zum Beispiel einen „Masterplan Grundschule“, der das Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen in den Mittelpunkt stellt; einen „Entwicklungsplan für die Berliner Gymnasien“;

der diese nicht nur sichert und stärkt, sondern auch deren Aus- und Neubau beinhaltet oder auch die Einführung eines „Demokratie-Parcours“, um neben einer fundierten Wissensvermittlung auch das Erlernen demokratischer Werte sicherzustellen.

Wie Sie sich als Mitglied oder Noch-nicht-Mitglied an der inhaltlichen Arbeit der CDU Berlin beteiligen können, erfahren Sie auf der Rückseite dieses Heftes. Ich würde mich freuen, wenn Sie dabei wären.

Viel Freude und Erkenntnis beim Lesen Ihrer Berliner Rundschau wünscht

*Flora Monika Grütters*  
Prof. Monika Grütters MdB  
Landesvorsitzende

In dieser Ausgabe ...

... finden Sie auf den **Seiten 4 und 5** Berichte zur neuen Bundesregierung und dem Koalitionsvertrag sowie einen Gastbeitrag von Jens Spahn.



Auf den folgenden **Seiten 6 bis 9** lesen Sie zum Schwerpunkt unserer Ausgabe, welche Ideen die CDU



Berlin für eine bessere Bildung in unserer Stadt hat. Außerdem redet ein Berliner Schulleiter Klar-text im Interview auf **Seite 6**.



Ab **Seite 10** nehmen wir Berlin in den Blick und stellen ab **Seite 13** die CDU in Berlin und die Möglichkeiten vor, wie Sie sich beteiligen können.

NEULICH IM NEWSLETTER

BLICKPUNKT BERLIN Newsletter der CDU Berlin



Jeden Freitag gibt es den aktuellen Newsletter des CDU-Generalsekretärs Stefan Evers. Hier einige Auszüge. Anmeldung unter **Aktuelles** auf [www.cdu.berlin](http://www.cdu.berlin)

### Aus den Medien

Unsere Landesvorsitzende Monika Grütters war am Mittwoch zu Gast in der **ARD-Sendung Maischberger**. Über den Zustand der Volksparteien diskutierte sie u.a. mit SPD-Familienministerin Katarina Barley und Wolfgang Kubicki von der FDP.

Opposition wirkt! Rot-Rot-Grün hat die **CDU-Initiative** für ein Verbot von Flaggenverbrennungen aufgegriffen und lässt nun die rechtlichen Möglichkeiten dafür prüfen. Der Tagesspiegel berichtet in seiner Ausgabe vom Donnerstag.

### Zahl der Woche

171

171 Tage nach der Bundestagswahl wurde **Dr. Angela Merkel** in dieser Woche zum vierten Mal zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

### Zitat der Woche

„Der Star ist die Mannschaft.“

Annegret Kramp-Karrenbauer in ihrer **Bewerbungsrede auf dem CDU-Parteitag am 26. Februar 2018**.

### Zum Schluss

Bitte nehmen Sie teil an unserer Online-Umfrage zur Berliner Bildungspolitik. Ihre Meinung können Sie **hier** einbringen. Wir freuen uns über Ihre Teilnahme!





## Eine neue Regierung für Deutschland und Europa

Der Titel des CDU-Bundesparteitages ist etwas lang geraten, genauso wie die Zeit der Regierungsbildung. Umso treffender fassen dann die Zeilen auf der Rückwand in der „STATION Berlin“, dem Veranstaltungsort, den Inhalt des 177 Seiten umfassenden Koalitionsvertrages zwischen Union und SPD zusammen und umso deutlicher ist die Zustimmung mit 97 Prozent der 1001 Delegierten auf dem Parteitag.

„Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land.“ Das ist die Kurzform eines guten und

tragfähigen Kompromisses, der eine solide Grundlage für die neue Bundesregierung ist. Jetzt gilt es, Verantwortung zu übernehmen und mit einer neuen Dynamik für Deutschland zu regieren. Berlin wird von dieser Großen Koalition erheblich profitieren. Die neuen und alten Koalitionäre sind sich einig: Eine Wohnraum-Offensive wird gestartet und sorgt für bezahlbare Mieten. Familien werden beim Erwerb von Wohneigentum mit dem Baukindergeld



und dem möglichen Wegfall der Grunderwerbsteuer unterstützt. Die Sicherheit in Deutschland und damit besonders auch in Berlin wird mit mehr Sicherheitskräften gestärkt und ein Musterpolizeigesetz sorgt für bundes-

weit einheitliche hohe Standards. Fluchtursachen werden vor Ort u.a. mit einem Marshall-Plan für Afrika bekämpft, bei der Integra-

tion wird auf Fördern-und-Fordern gesetzt. Es soll eine echte europäische Grenzschutzpolizei geben und die Liste der sicheren Herkunftsstaaten wird erweitert. Die Bildung in den Ländern und Kommunen wird stärker unterstützt. Für Berlin kann das eine halbe Milliarde Euro bedeuten. Weitere dreistellige Millionen-summen können für den Ausbau der Ganztagschulen und aus dem Digitalpakt an die Berliner Schulen fließen. Die starke Berliner Hochschullandschaft könnte weit überdurchschnittlich durch die Verstetigung des Hochschulpakts profitieren. Die verabredete Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft wird außerdem Berlin in besonderem Maße zugute kommen.

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt dieses Sonderparteitags war die Wahl der bisherigen saarländischen Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer zur neuen Generalsekretärin der CDU Deutschlands. Ihre mit Beifallsstürmen aufgenommene Bewerbungsrede dankte der Bundesparteitag mit einer überwältigenden Mehrheit von über 98 Prozent. Mit den Worten „Ich

kann, ich will und ich werde“, empfahl sie sich den Delegierten. In ihrer Bewerbungsrede betonte AKK, wie Annegret Kramp-Karrenbauer gern genannt wird, dass sie mit ihrer Partei ein neues



Grundsatzprogramm in den kommenden Jahren erstellen

Merkels zur Bundeskanzlerin hat sich die neue Regierung nun konstituiert. Wieder dabei am Kabinettstisch ist die Landesvorsitzende der CDU Berlin, Monika Grütters. Über die bisherige und

neue Staatsministerin für Kultur und Medien sagte Bundeskanz-



werde. Nach der Zustimmung der SPD-Basis zum Koalitionsvertrag und der vierten Wahl Angela

lerin Merkel, dass sie sich „für jedermann sichtbar sehr, sehr gut in dieser Arbeit bewährt“ habe.

## Die schwarze Null muss bleiben

In den Koalitionsverhandlungen haben sich CDU und CSU erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Bund weiterhin keine neuen Schulden macht, betont der Bundestagsabgeordnete Klaus-Dieter Gröhler, der zugleich Mitglied im Haushaltsausschuss ist. Auf der Basis der ausgeglichenen Haushalte werden in den nächsten vier Jahren die finanziellen Spielräume genutzt, die Bürgerinnen und Bürger sowie die Familien in Deutschland zu entlasten und in die Zukunft zu investieren.

Ab 2021 soll der Solidaritätszuschlag schrittweise ab-

geschafft werden – im ersten Schritt in einem Umfang von 10 Milliarden Euro. Dadurch werden fast 90 Prozent aller Zahlerinnen und Zahler des Solidaritätszuschlages durch eine Freigrenze vollständig befreit.

Diese Entlastung kommt insbesondere unteren und mittleren Einkommen zugute. Darüber hinaus will der Bund u.a. das



Programm von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung um weitere 2 Milliarden Euro ausbauen. Damit entlastet der Bund nicht nur die Länder, sondern bietet Familien auch die Möglichkeit, dass beide Elternteile berufstätig sein können.

Mit dem Kinderzuschlag, der Förderung von Kitas und der Erhöhung des Kindergeldes und -freibetrages sollen Familien um weitere 8 Milliarden Euro entlastet werden, so Gröhler.

## Starkes Paket

Die Mieten steigen weiter, auch und gerade in Berlin. Die große Koalition wird jetzt Mieter besser vor Verdrängung schützen und Familien die Eigentumsbildung erleichtern. Kern ist eine Wohnungsbauoffensive, mit der bezahlbarer Wohnraum geschaffen und steigende Mieten bekämpft werden sollen. Das Ziel: 1,5 Millionen Wohnungen in vier Jahren. Dr. Jan-Marco Luczak, der als Mietrechtsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mitverhandelt hat, sagt: „Wenn wir steigende Mieten nachhaltig bekämpfen wollen, müssen wir mehr, schneller und kosten-

## für Familien und Mieter

günstiger bauen. Wir stellen daher zwei Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung und fördern zudem den frei finanzierten Wohnungsbau steuerlich. Überflüssige Vorschriften, die Bauen teuer machen, schaffen wir ab.“ Ein besonderer Erfolg der Union ist für Luczak außerdem das Baukindergeld in Höhe von jährlich 1.200 Euro pro Kind für 10 Jahre. Verbesserungen gibt



es auch beim Mieterschutz. Vermieter, die Modernisierungen missbrauchen, um Mieter zu vertreiben, werden künftig sanktioniert. Die Umlage von Modernisierungskosten wird auf 8 Prozent gesenkt und die monatliche Mieterhöhung darf max. 3 Euro pro Quadratmeter betragen. „Damit ist uns der Ausgleich gelungen zwischen der Notwendigkeit von Modernisierungen und dem Schutz von Mietern vor Verdrängung“, so Luczak.



Jetzt sind wir mittendrin in der erneuten großen Koalition. Gewollt haben sie die wenigstens und wir alle wissen: Wirklicher Aufbruch ist da gefühlt noch nicht. Ja, ein furioses Feuerwerk an Innovationen ist der Koalitionsvertrag nicht – aber er ist eine solide Basis. Daraus kann man was machen.

Diskussionen, wie sie die SPD hatte, hatten wir nicht. Das ist auch richtig so, denn wir drücken uns nicht vor der Verantwortung. Im Gegenteil: Dafür treten wir bei Wahlen an. Wir wollen gestalten, wir wollen Deutschland zu einem noch besseren Land machen.

Jetzt liegt es an uns etwas daraus zu machen. In erster Linie müssen wir verlorengegangenes Vertrauen zurückgewinnen. Dabei muss auch immer klar die Unterschiedlichkeit von Union und SPD herausgearbeitet werden. Denn es gibt zwischen Union und SPD fundamentale Unterschiede im Denken. Einige Sozialdemokraten halten die Rentenversicherung und die Kindergärten

für die tragenden Säulen der Gesellschaft. Für mich sind die tragenden Säulen keine staatlichen Einrichtungen, sondern die Familie, der leistungsbereite Bürger, der Mittelstand und Selbstständige. Ich bin überzeugt: Das sieht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland genauso.

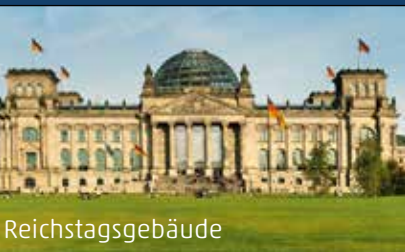
Jetzt kommt es auf uns an: Das Regelwerk zur Migration sollten wir schnell umsetzen, die Innere Sicherheit stärken und die Voraussetzung für Wohlstand auch in einer immer digitaleren Welt schaffen. Deutschland wird immer älter – darauf müssen wir uns vorbereiten. Unter anderem mit 8000 neuen Pflegekräften und einer Rentenkommission, die über 2030 hinausdenkt.

Ich freue mich, an verantwortlicher Stelle als Bundesminister für Gesundheit daran mitwirken zu können, dass wir wieder Vertrauen zurückgewinnen und klar machen, wofür die CDU steht.

Packen wir's gemeinsam an!

# „DEMOKRATIE-PARCOURS“ FÜR SCHÜLER

Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie musste in einem langen historischen Prozess errungen und muss stets ver-



Reichstagsgebäude

teidigt werden. Dies zeigt die deutsche Geschichte mit zwei Diktaturen im 20. Jahrhundert. Deshalb will die CDU Berlin, dass Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 7 bis 10 einen „Demokratie-Parcours“ durchlaufen, in denen ihnen die Orte der deutschen Geschichte und



Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen

Demokratie erlebbar gemacht werden. Die verschiedenen Stationen des „Demokratie-Par-



Stasimuseum in Lichtenberg

cours“ sollten dabei unter anderem Besuche in Gedenkstätten beider deutscher Diktaturen und von Orten der parlamentarischen Demokratie sein.



„Man kann nicht länger den Elternwillen ignorieren.“

**Die Berliner Rundschau im Interview mit Ralf Treptow, Schulleiter des Rosa-Luxemburg-Gymnasiums in Pankow und Vorsitzender der Vereinigung der Oberstudiendirektoren des Landes Berlin.**

**Herr Treptow, Sie sind Leiter eines Gymnasiums. Wenn Sie in dieser Eigenschaft drei Wünsche an die Berliner Bildungspolitik frei hätten, wie würden diese lauten?**

Als Vorsitzender der Vereinigung der Berliner Oberstudiendirektorinnen und Oberstudiendirektoren, der u.a. 85% der derzeitigen Schulleiterinnen und Schulleiter der Berliner Gymnasien angehören, hätte ich einige Wünsche mehr – am wichtigsten wäre mir allerdings folgendes.

## ERSTENS:

Die Berliner Gymnasien sollten die Möglichkeit haben, sowohl G6- als auch G8-Bildungsgänge anzubieten. Wir brauchen kein 13. Schulbesuchsjahr zurück, aber es wäre gut, wenn man acht Jahre durchgängig unterrichten könnte. Das wären zwei Jahre mehr mit dem Ziel, gemeinsam das Abitur in der Jahrgangsstufe 12 anzustreben.

Alle Gymnasien sollten frei entscheiden können, wie viele und welche Züge sie zur Klassenstufe 5 bzw. 7 einrichten. Dabei muss es auch möglich sein, ganz „normale Züge“ ab Klasse 5 einzurichten. Keinesfalls sollten – wie derzeit üblich – für spezielle Bildungsgänge ab Klassenstufe 5 geeignete Bewerberinnen und Bewerber von den Schulen zurückgewiesen werden müssen. Man kann da nicht länger den Elternwillen ignorieren.

## ZWEITENS:

Endlich hat das Land Berlin die KMK-Vereinbarung umgesetzt, nach der die gymnasiale Oberstufe grundsätzlich drei Schuljahre umfasst. Nun müssen aber die Wege zu den Bildungsabschlüssen Berufsbildungsreife, erweiterte Berufsbildungsreife und Mittlerer Schulabschluss den Erfordernissen angepasst werden. Letztlich muss in allen Vorschriften akzeptiert werden, dass die Jahrgangsstufe 10 des Gymnasiums schon Oberstufe ist.

## DRITTENS:

Ein Wunsch an die Bildungspolitik aller Bundesländer und an den Bund. Die derzeitige Uneinheitlichkeit gefährdet die ein-

heitlichen Lebensbedingungen in Deutschland. Man kann sich ja noch nicht einmal mehr einigen, ob es einheitliche Aufgaben für zumindest die wichtigsten schriftlichen Abiturprüfungen geben soll. Mit Schummelpaketen wie dem „einheitlichen Aufgabenpool“ wird man mehr Bildungsgerechtigkeit nicht erreichen. Das Abitur ist für die Vereinheitlichung am wichtigsten, denn es hat eine regulierende Funktion für alle Abschlüsse davor. Zur Vereinheitlichung ist eine Grundgesetzänderung notwendig – aber auch möglich.

**Sie sagen, dass der Elternwille ignoriert werde. Wird das nicht eher noch schlimmer bei den stark wachsenden Schülerzahlen?**

Unsere Landesregierung verkennet, dass sich die Stadt ändert und rasant wächst. Hier leben immer mehr, die in anderen Bundesländern etwa mit Gymnasien ab der Klassenstufe 5 aufgewachsen sind. Das wünschen sie auch für ihre Kinder. In den nächsten Jahren werden etwa 20.000 zusätzliche Schülerinnen und Schüler auf ein Gymnasium gehen wollen. Der Senat erklärt aber per Koalitionsvertrag keine neuen Gym-

nasien bauen zu wollen. Das ist eindeutig falsch. Halten wir doch endlich einmal die Ideologie aus der Bildungspolitik heraus!

**Das richtige Lernen fängt natürlich lange vor Oberschule an. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie etwa in Berlins Grundschulen?**

Ich bin nicht der Experte für die Grundschule, aber meine Wünsche kann ich kurz benennen: Mehr Lehramtsanwärterinnen und -anwärter, weniger Quereinsteiger, die Attraktivität des Grundschullehramtes erhöhen und dabei auch durch die Verbeamtung dem Wettstreit der Bundesländer begegnen, kleinere Klassen, mehr Mut zum Einfordern von Leistung, mehr Verbindlichkeit beim Erreichen bestimmter Standards, eine Lernabschlussuntersuchung im sechsten Schulbesuchsjahr, bessere, vor allem auch sanierte Schulgebäude.

## LERNEN AM HISTORISCHEN ORT

Die Gedenkstätte Hohenschönhausen bietet Seminare und Projekttag für Schüler und andere Besuchergruppen an, um über das System der politischen Verfolgung in der DDR zu informieren. Der ehemalige Häftling Mario Röllig führte am 11. März



mehr als 30 Mitglieder und Freunde der CDU Prenzlauer Allee, der LSU- und der JU Pankow durch das Untersuchungsgefängnis des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Dr. Torsten Kühne, Chef der CDU Prenzlauer Allee und Bildungsstadtrat in Pankow: „Für Schüler ist es sehr wertvoll, dass die Gedenkstätte Unterricht an einem originalen Schauplatz der Geschichte anbietet.“ Anmeldungen unter [www.stiftung-hsh.de](http://www.stiftung-hsh.de).

# Repräsentative Umfrage: Wo Bildungspolitik besser werden muss



Bildung ist ein Kernthema für die Union, deshalb gibt die CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz regelmäßig eine repräsentative Studie in Auftrag, um die bildungspolitischen Anliegen der Bevölkerung noch besser nachzuvollziehen. Insgesamt zeigt sich, dass die CDU in vielen Bereichen die richtigen Schwerpunkte setzt. Anders als Rot-Rot-Grün mit ihrer einseitigen Abitur- und Hochschulfixierung bekennen wir uns eindeutig dazu, dass akademische und berufliche Ausbildung gleichwertig sind. Die Tatsache, dass in Berlin weiterhin 10 % der Schüler die Schule ohne Berufsabschluss verlassen oder sich im schulischen weiterführenden Bildungsangebot verlieren, stellt uns als Berliner CDU-Fraktion in keiner Weise zufrieden.

Bedenklich stimmt, dass 45 % der Befragten mit dem Bildungssystem in ihrem Bundesland nicht zufrieden sind. Die Union bekennt sich klar zu mehr Vergleichbarkeit und der Definition von Standards auf der Bundesebene im Bildungsbereich. Deshalb haben wir uns bei der Sitzung der Bildungspolitischen Sprecher der CDU in den Ländern, an der auch Bildungsministerin Karliczek teilgenommen hat, für einen Bildungsstaatsvertrag eingesetzt.



Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Berlin, Hildegard Benetele, Bundesbildungsministerin Anja Karliczek und der Vorsitzende der CDU-Fraktion Berlin, Florian Graf bei der bildungspolitischen Sprechertagung am 16. März 2018.

## „Sind Berliner Kinder dümmer als andere?“



Natürlich nicht, aber die Rahmenbedingungen für Schüler in Berlin sind nicht die besten. Schulgebäude in schlechtem Zustand, starker Anstieg der Schülerzahlen, zu we-

nig Lehrkräfte und die verstärkte Einstellung von Quereinsteigern ohne Lehrerausbildung kann dabei nicht die Lösung sein. Die CDU fordert deshalb ein Stipendienprogramm für Lehramtsstudenten in Fächern wie Mathematik, Physik oder Chemie, bei denen der Mangel besonders groß ist. Das war Ergebnis einer Bürgerdebatte in Reinickendorf mit den CDU-Abgeordneten Tim-Christo-

pher Zeelen und Hildegard Bentele, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion. „Wir müssten pro Jahr 2.000 neue Lehrer einstellen, allein 900 an Grundschulen, aber davon sind wir weit entfernt“, betont Bentele. Und Zeelen stellt fest: „Es kann uns nicht zufriedenstellen, dass wir bei Bildungsvergleichen immer hinten sind. Die rote Bildungspolitik ist offensichtlich gescheitert.“

# „Friedrichshain-Kreuzberg first“ ist keine Lösung für unsere Stadt

Der rot-rot-grüne Senat unterstützt die Praxis des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg, Betreuungsplätze vorrangig an Familien aus dem eigenen Bezirk zu vergeben.

Eine Sprecherin der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie teilte mit, dass es sich bei diesen Plätzen „nicht um freie Plätze im Sinne des Kindertagesförderungsgesetzes“ handelt. Eine Ausnahme müsse lediglich für Geschwisterkinder gelten.



Neuköllns Jugendstadtrat Falko Liecke: „Damit schafft der Senat den berlinweit gültigen Kitagutschein für die Tagespflege faktisch ab. Das ist ein Dammbruch in der Berliner Betreuungslandschaft und eine Katastrophe für tausende Familien.“

Laut Kindertagesförderungsgesetz berechtigt der Kitagutschein zu einer bezirksübergreifenden Platzwahl innerhalb des zur Verfügung stehenden freien Angebotes. Das Gesetz sieht sogar ausdrücklich vor, dass das Jugendamt freie Plätze in anderen Bezirken anbieten kann.

Falko Liecke: „Mit der vom Senat gedeckten Praxis wird dieser gesetzliche Anspruch in sein Gegenteil verkehrt. ‘Friedrichshain-Kreuzberg first’ ist kein Motto, mit dem wir in unserer Stadt Probleme lösen können.“



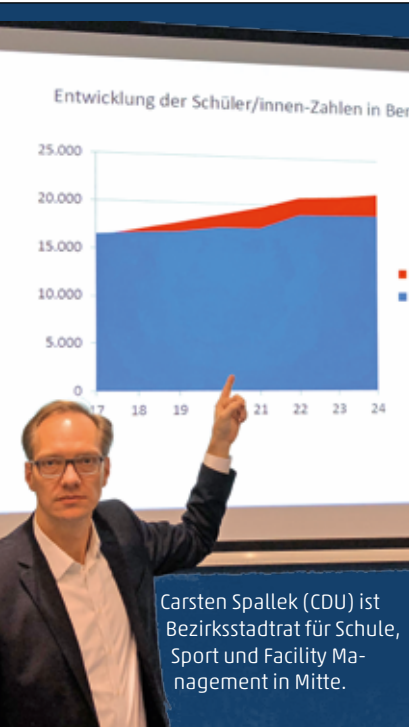
Berlin steht bei der Sanierung und dem Neubau von Schulen vor großen Herausforderungen. Prognosen gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2025 neue Schulplätze für rund 85.000 Schüler geschaffen und dafür 60 bis 70 neue Schulen in Berlin gebaut werden müssen. Gleichzeitig muss der vor allem unter SPD-Bau- und Bildungssenatoren über Jahrzehnte hinweg gewachsene Sanierungsstau bei den Schulgebäuden dringend behoben werden. Mit

zeitaufwändigen Planungs- und Genehmigungsverfahren, personell unterausgestatteten Behörden und ineffizienten Regelwerken ist diese Mammutaufgabe nicht zu bewerkstelligen.

Die CDU Berlin fordert ein systematisches und schnelles Vorgehen, um Schulsanierungen und Schulneubauten nicht nur deutlich schneller in Angriff zu nehmen, sondern auch zu Ende zu bringen. Dafür hat die Ber-

liner Union ein „Sprinter-Paket Schulbau und Schulsanierung“ entwickelt, das an mehreren Stellschrauben ansetzt, um die Bauverfahren deutlich zu beschleunigen.

So sollen unter anderem die Kompetenzen der Bezirke gestärkt, Verfahren und Vorschriften effizienter gestaltet, mehr Personal in den Bau- und Schulämtern eingestellt und klare Zuständigkeiten zwischen Bezirken und Land geschaffen werden.



## So geht's nicht! Bezirksstadtrat fordert mehr Schulplätze

Der rot-rot-grüne Senat macht derzeit gute und intensive PR-Arbeit. Man könnte den Eindruck bekommen, dass jetzt alle Probleme gelöst seien. Das ist falsch! In den nächsten Jahren wird der Bedarf an Schulplätzen wesentlich schneller steigen, als neue Schulen gebaut werden können. Es wird eng werden, häufig auch zu eng für sinnvolle pädagogische Konzepte und angemessene Schulraumqualität.

Der stark ansteigende Bedarf an Schulplätzen in Berlin ist seit vielen Jahren bekannt. Die seit 22 Jahren SPD-geführte Bildungsverwaltung hat viel zu spät gehandelt. Ausbaden müssen es die Pädagoginnen und Pädagogen, die Kinder und Eltern. Die Schulstadträte in den Bezirken müssen erklären, was nicht erklärbar ist. Sie sind „Prellbock“ zum Senat.

Ein Beispiel: An der Anna-Lindh-Grundschule im Wedding

## BILDUNGSDEBATTE IM BEZIRK

Das Thema Bildung steht auch auf der Agenda der Stadtteilgesprächsreihe der Konrad-Adenauer-Stiftung, wie sie etwa im März in Charlottenburg-Wilmersdorf oder im Februar in Friedrichshain-Kreuzberg abgehalten werden.

Beim Gespräch im Innenstadtbereich waren sich die Vertreter der Politik (Kurt Wansner MdA),



des Landeselternausschusses (Norman Heise) und des Philologenverbandes (Frank Rudolph) einig, dass der stark steigenden Zahl der Berliner Schüler und dem Sanierungsstau bei den Schulen nur Investitionen und Baumaßnahmen helfen werden. Norman Heise fasst es so zusammen: „Wir wollen Kräne sehen.“

# Ideen für eine bessere Bildung in Berlin

Seit 22 Jahren trägt die SPD in Berlin die Verantwortung für das Ressort Bildung. Bei den einschlägigen Bildungsvergleichen der Bundesländer ist und bleibt Berlin trauriges Schlusslicht.

Immer weniger Berliner Grundschüler können richtig lesen, schreiben und rechnen. Die CDU Berlin beschäftigte sich deshalb auf ihrer Klausurtagung mit dem Schwerpunktthema Schule und Bildung. In dem einstimmig verabschiedeten Leitantrag „Lernen, aber richtig!“ entwickelt die CDU Berlin eine Vielzahl an Ideen, um die Qualität der Bildung in Berlin zu verbessern.

Mit dem **Masterplan Grundschule** benennt die CDU Berlin konkrete Ansatzpunkte, bei denen sich die Qualität der Schulbildung unmittelbar verbessern lässt. Mehr Unterrichtszeit soll verpflichtend in das Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen fließen. Der Einsatz von Quereinsteigern soll auf 20 Prozent pro Schule begrenzt werden; sie sollen zudem nicht in der ersten Klasse Mathe und Deutsch unterrichten dürfen.

**Entwicklungsplan für Gymnasien:** Die CDU Berlin fordert, dass die Gymnasien bedarfsgerecht neu und ausgebaut – und nicht wie vom rot-rot-grünen Senat bewusst „links“ liegen gelassen – werden.

Das **Losverfahren** an den Berliner Gymnasien soll abgeschafft werden und damit Schulplätze wieder nach Leistung und nicht per Losglück vergeben werden. Außerdem fordert die CDU den Beginn der Gymnasien mit Klasse 5 statt Klasse 7, wenn dies die Eltern wünschen. Die Prüfung für den Mittleren Schulabschluss (MSA) soll abgeschafft werden und der MSA automatisch mit Versetzung in die elfte Klasse vergeben werden.



## Schulen in Treptow-Köpenick sitzen auf dem Trockenen

Zehn Monate lang hatten fast 500 Schülerinnen und Schüler in Treptow-Köpenick keinen Schwimmunterricht, weil die Schwimmhalle im FEZ geschlossen war. Die Schulen sind aber gesetzlich verpflichtet, Schwimmunterricht anzubieten.

Die Schul- und Sportstadträtin des Bezirks, Cornelia Flader, hat daher gegenüber den Senatoren Scheeres und Geisel eine Kapazitätserweiterung und den Bau einer neuen Schwimmhalle gefordert. Während Frau Scheeres schweigt, erkennt die Senatsinnenverwaltung den Bedarf an Schwimmkapazitäten in Treptow-Köpenick an.

„In den nächsten fünf Jahren werden allein im Grundschulbereich fast 20 Prozent mehr Schulklassen mit Schwimmunterricht zu versorgen sein. Das ist aktuell kaum zu bewältigen“, sagt Bezirksstadträtin Flader.

Der ausgeübte Druck könnte bald Früchte tragen. Der Senat wolle nach 2025 vier weitere Bäder bauen. Eines könnte dabei auch im Bezirk Treptow-Köpenick entstehen, erfuhr die Stadträtin. „Zu spät“, findet sie. „Der Bezirk benötigt deutlich vor 2025 mindestens eine zusätzliche Schwimmhalle. Bis dieses Vorhaben umgesetzt ist, müssen die Bäderbetriebe kreativer werden bei der Ausschöpfung des vorhandenen Kapazitätspotentials. Sowohl bei reinen Öffnungszeiten, als auch bei Organisationsfragen.“

CDU BERLIN MACHT  
GEGEN DEN ILLEGALEN  
WELPENHANDEL MOBIL

Tierschützer gehen davon aus, dass bis zu 250 Welpen jede Woche illegal in Berlin verkauft werden. Die oft unter erbärmlichen Zuständen zur Welt gekommenen Tiere werden in den meisten Fällen aus Osteuropa nach



Deutschland transportiert, um hierverkauft zu werden. Der illegale Welpenhandel nimmt mittlerweile mafiose Strukturen an.

Die Berliner CDU macht nun auf allen Ebenen Druck, den illegalen Welpenhandel einzudämmen. Auf Initiative des Reinickendorfer CDU-Bezirksverordneten Björn Wohlerth haben fast alle bezirklichen CDU-Fraktionen beantragt, ein bezirksübergreifendes Meldesystem für illegale Händler einzurichten. Denn: Wechselt ein Händler den Bezirk, verschwindet er vom Radar der Behörden. „Trotz des enormen Handlungsdrucks schaut Senator Dirk Behrendt weiterhin tatenlos zu“, kritisiert auch der Spandauer CDU-Bezirksverordnete Thorsten Schatz.



Im Bundestag hat sich der CDU-Abgeordnete Kai Wegner nun für einen eigenen Straftatbestand ausgesprochen. „Es kann doch nicht sein, dass illegale Welpenhändler nur mit kleinen Bußgeldern davonkommen“, sagt Wegner. Auch den Handel mit Tieren über das Internet will er erschweren.

Das braucht die Sportmetropole

Die wachsende Stadt stellt auch für den Berliner Sport eine große Herausforderung dar. Dem steigenden Bedarf an Sportinfrastruktur stehen knappe Freiflächen gegenüber. Außerdem sind viele der vorhandenen Anlagen marode und ineffektiv.

Die CDU spricht sich für innovative Wege der Sportstättenentwicklung aus. Oberste Priorität muss die ganzjährige Nutzbarkeit der Sportanlagen haben. „Hierbei setzen wir auf mobile Überdachungen möglichst vieler Freiflächen, die Aufstellung von Traglufthallen zur kurzfristigen und flexiblen Nutzung und eine flächendeckende Ausstattung der Fußballplätze mit Kunstrasen“, erklärt Stephan Standfuß, sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Darüber hinaus müssen die im

Rahmen der Schulneubauoffensive entstehenden Hallen auch dem Vereinssport zugutekommen. Auch eine Optimierung der Auslastung der Sportanlagen ist anzustreben. Über allem steht dabei der Abbau des Sanierungsstaus – auch bei den Bädern. Dieser ist unerlässlich, um die Zukunft der Sportmetropole Berlin zu sichern. „Es ist für uns daher unverständlich, dass die Koalition aus SPD, Linken und Grünen unseren Antrag zur Erhöhung des Sportanlagen-sanierungsprogramms abgelehnt hat“, so Standfuß. Die Union wirbt auch für die Weiterentwicklung der großen Sportgelände in der Stadt. Wir wollen, dass der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark endlich zu einem barrierefreien Multifunktionsstadion umgebaut und der Olympiapark qualitativ aufgewertet wird.



Berlin wäre idealer Gastgeber

Deutschland ist nach 1972 bereit für Olympische Sommerspiele und die Hauptstadt Berlin eine ideale Bewerberstadt. „Ich bin deshalb an der Seite vieler Unterstützer des Projektes, sich für eine neue deutsche Olympia-Bewerbung stark zu machen“, erklärt der Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel. Die großen Sportverbände und die Bundesregierung müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, damit eine erneute deutsche Bewerbung zu einem nationalen Erfolg wird. Wer zurecht die Austragung von sportlichen Großveranstal-

tungen in autoritären Staaten kritisiert, der muss mutig mit einer eigenen Bewerbung einen Gegenentwurf zum ausufernden Gigantismus machen, so Steffel.



Dr. Frank Steffel, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Sportausschuss des Deutschen Bundestages und Präsident der Füchse Berlin

Hier kann Berlin als Sportmetropole mit unzähligen Sportarenen und begeisterten Fans viel in die

Waagschale werfen. Schnellschüsse, wie bei den überhasteten Bewerbungen um die Spiele 2024 müssen allerdings vermieden werden. Eine Bewerbung um Olympische Spiele muss vor allem auch dem Breitensport in Deutschland einen Mehrwert bringen. Dafür brauchen wir ein Ausbau- und Sanierungsprogramm bei der Sportinfrastruktur. Wer die Jugend der Welt begrüßen will, muss der Jugend in Deutschland perfekte Rahmenbedingungen für den Sport bieten. Eine Beteiligung des Bundes an den Kosten steht dabei außer Frage.

Veranstaltungsreihe „Mobilität in Kiez und Metropole“

Die CDU-Fraktion Berlin diskutiert in diesen Wochen das im vergangenen Jahr erarbeitete Mobilitätskonzept mit Bürgerinnen und Bürgern. In der Dialogreihe



„Mobilität in Kiez und Metropole“ stellen wir die Verkehrspolitik des rot-rot-grünen Senats auf den Prüfstand.

„Die bisherigen Prioritäten von Rot-Rot-Grün auf den Radverkehr erscheinen uns zu einseitig. Sie sind kein Ansatz, um die verkehrlichen Heraus-

forderungen der wachsenden Stadt Berlin zu lösen“, betont der Fraktionsvorsitzende Florian Graf. Wir als CDU-Fraktion setzen uns für einen fairen Mix aller Verkehrsträger ein, der allen Berlinerinnen und Berlinern zugutekommt. Dabei sollen vor allem die Besonderheiten vor Ort berücksichtigt werden. „Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Berlinern bei unseren Veranstaltungen in mehreren Stadtteilen zukunftsfähige Konzepte und Vorschläge erarbeiten“, so Graf weiter. In der Auftaktveranstaltung am 15. März 2018 haben wir zum Beispiel die Verkehrssituation in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg unter die Lupe genommen. Schnell wurde klar: Berliner wollen sich nicht verkehrspolitisch gängeln lassen und wünschen faire Lö-

sungen statt eines rot-rot-grünen Kultur-Kampfes gegen das Auto. Viele neue Ideen wurden entwickelt, von der Überprüfung von Halteverboten bis zur Verkürzung der S-Bahntakte und der Sanierung von Radwegen. Ähnliche Ergebnisse konnten wir auch in Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf erzielen. Das Mobilitätskonzept der CDU-Fraktion Berlin finden Sie ebenfalls online unter folgendem Link: [goo.gl/epgBvp](http://goo.gl/epgBvp).

Weitere Termine sind:

- 23. April 2018 für die Bezirke Pankow und Reinickendorf
- 03. Mai 2018 für den Bezirk Spandau
- 14. Mai 2018 für die Bezirke Treptow-Köpenick und Neukölln

BERLINER BUNDESTAGS-  
ABGEORDNETE PROTESTIEREN  
BEI LUFTHANSA

In einem gemeinsamen Schreiben der Berliner Bundestagsabgeordneten der CDU (Landesgruppe Berlin) an den Vorstandsvorsitzenden der Lufthansa AG, Carsten Spohr, protestieren die sechs Mitglieder gegen die Entscheidung der Fluggesellschaft, die Direktverbindung zwischen Berlin und New York kurzfristig einzustellen.



Prof. Monika Grütters, Klaus-Dieter Gröhler, Thomas Heilmann, Dr. Jan-Marco Luczak, Dr. Frank Steffel und Kai Wegner fordern den Lufthansa-Chef auf, diese Entscheidung zu revidieren. Dabei erinnern sie das Unternehmen an eine Zusage von Ende 2017, diese Verbindung bedienen zu wollen, und an die immerwieder betonte Verbundenheit der Lufthansa zum Gründungsort Berlin.

Die sechs Bundestagsabgeordneten betonen, dass es nicht akzeptabel sei, dass das deutsche Luftfahrtunternehmen keine Langstreckenverbindung ab der deutschen Hauptstadt anbiete, jedoch die Fluggesellschaft US-Airlines die Verbindung wegen steigender Nachfrage ausbaue.

Die Mitglieder der Landesgruppe Berlin haben Carsten Spohr zu einem Gespräch eingeladen, um mit ihm das Engagement der Lufthansa für Berlin gemeinsam kritisch zu erörtern.

Fahrverbote müssen verhindert werden

Der rot-rot-grüne Berliner Senat will mit allen Mitteln den Autoverkehr verhindern, er muss liefern, seine Wähler im Innenstadtring wollen es so. Angedrohte Fahrverbote wegen Feinstaub kommen da der linken Senatstruppe gerade recht.

Die CDU-Fraktion hat dem linksalternativen Senat einen Pakt gegen Fahrverbote vorgeschlagen. „Wir wollen, dass der Innenstadtverkehr durch Ring- und Tangentenstraßen weniger wird, nicht durch Fahrverbote“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Oliver Friederici. Der A100-Weiterbau und die Vollendung von TVO und TVN muss her, Berlin muss planen, der Bund hat längst die Mittel für den Weiterbau der A100 mit dem 17. Bauabschnitt bereitgestellt. Weiter wollen wir einen

massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs: mehr Busse, Straßen-, U- und S-Bahnen müssen auf vorhandenen Linien verkehren.

Der U-Bahnbau zur Netzergänzung (U3, U5, U7, U8 und U9) muss gestartet werden, ein Lieferverkehrskonzept zur Fahr-



tenvermeidung muss erstellt werden, ruhender Verkehr muss unter die Erde, es gibt längst Investoren, die diese planen, bauen und betreiben wollen. Ebenso muss der Pendlerverkehr leistungsfähig über P&R-Plätze vor

der Stadt geleitet werden. Mit Brandenburg zusammen, mit garantierten Pendlerparkplätzen und mit Taktverdichtung im ÖPNV. Kleine Maßnahmen sind: endlich wieder mehr Straßenbäume, deutlich mehr Kehrmaschinen zur Staubbekämpfung auf Hauptstraßen und der Start eines Fahrrad-Highway-Programms entlang der Bahntrassen.

Mit vielen Einzelmaßnahmen ließen sich große Erfolge erzielen. „Es bedarf nicht der Umerziehung und Bevormundung der Menschen sowie des fortgesetzten Anti-Auto-Wahns von Rot-Rot-Grün“, so Friederici. Die CDU-Fraktion erwartet von Müllers Senatskoalition nachhaltige Schritte zur Verhinderung von Fahrverboten, die CDU-Fraktion hat hier Ideen geliefert!

So geht´s:

Vom Volksbegehren zum Volksentscheid

Die Wählerinnen und Wähler können die Regierungsmehrheit im Abgeordnetenhaus durch ein Volksbegehren bzw. einen Volksentscheid unter Druck setzen oder sogar selbst Gesetze „erlassen“.

In der ersten Stufe müssen **20.000 gültige Unterschriften** in sechs Monaten gesammelt werden, um ein Volksbegehren einzuleiten. Ist das Thema zulässig, übernimmt aber die Mehrheit im Abgeordnetenhaus nicht die wesentlichen Punkte, kann das eigentliche Volksbegehren mit der zweiten Stufe starten. Dazu müssen in vier Monaten sieben Prozent der Wahlberechtigten unterschreiben. Das sind ungefähr **175.000 gültige Unterschriften**.

Kommen diese gültigen Unterschriften zusammen, übernimmt die Mehrheit im Abgeordnetenhaus aber wieder nicht die wesentlichen Punkte des Volksbegehrens, so kommt es zum Volksentscheid. Dieser soll möglichst mit einer Wahl zusammen durchgeführt werden – so wie es im September 2017 beim Volksentscheid-Tegel war.

Damit ein Volksentscheid erfolgreich ist, muss mindestens **ein Viertel der Wahlberechtigten** (etwa 625.000) zustimmen und es darf nicht mehr „Nein-Stimmen“ als „Ja-Stimmen“ geben.

Wurde über einen Gesetzesentwurf entschieden, wie er zum Thema Videoaufklärung ausgearbeitet wurde, so ist dieses Gesetz damit beschlossen.

Amtlich bestätigt: Volksbegehren Videoaufklärung nimmt nächste Hürde

Das Volksbegehren für mehr Videoaufklärung und Datenschutz hat die nächste Hürde genommen. Von den rund 25.000 eingereichten Unterschriften erfüllen 21.028 alle gesetzlichen Kriterien, teilte die Senatsverwaltung für Inneres mit. Damit liegen genügend Unterschriften für die Einleitung eines Volksbegehrens vor.

„Wir freuen uns sehr über die breite Unterstützung – insbesondere, wenn man bedenkt, dass den meisten Berlinerinnen und Berlinern die besonderen Vorzüge unseres neuartigen Konzepts noch gar nicht geläufig sind“, erklärte Thomas Heilmann (re.), CDU-Bundestagsabgeordneter



und Mit-Initiator des Volksbegehrens. Das Konzept sehe einen automatischen Notruf vor, der Straftaten bereits in der Entste-

hung verhindern und Opfer schützen könne, so Heilmann.

Der überparteilichen Initiative gehören neben Heilmann auch der langjährige Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky (li.), sowie die Vize-Landesvorsitzende der DPoG, Sabine Schumann, an. Ziel ist die Einführung intelligenter Videoaufklärung an Kriminalitätsschwerpunkten wie dem Alexanderplatz.

Nun muss das Abgeordnetenhaus entscheiden, ob es das Begehren in seinem wesentlichen Bestand übernimmt. Geschieht dies nicht, muss die Initiative über 170.000 Unterschriften sammeln, um einen Volksentscheid zu erzwingen.

Peter Altmaier macht Siemensianern Mut

Ende 2017 machte Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den Anfang. Nun kam auch Peter Altmaier auf Einladung des Spandauer CDU-Bundestagsabgeordneten Kai Wegner zu den „Siemensianern“. Anlass: 870 Arbeitsplätze sollen im Gasturbinen- und im Dynamowerk von Siemens in Berlin wegfallen.

Nach einem Rundgang durch das Spandauer Siemens-Dynamowerk sprachen Peter Altmaier und Kai Wegner u.a. mit der Betriebsleitung, den Siemens-Betriebsräten

Günter Augustat, Pedrag Savic und Olaf Bolduan und mit Klaus Abel, dem Ersten Bevollmächtigter der IG Metall Berlin.



Im Anschluss fand Peter Altmaier lobende Worte. „Ich habe

die Mitarbeiter im Dynamowerk als motiviert und qualifiziert kennengelernt. Ich wünsche mir, dass dieses Potenzial erhalten bleibt.“ Zwar könne er als Bundesminister nicht für einzelne Standorte sprechen. Aber: „Ich halte es für absolut wichtig, dass wir in Deutschland unseren Anteil an Industriearbeitsplätzen erhalten.“

Diese Jobs zu retten, werde ein zentrales Thema seiner Amtszeit sein, sagte Altmaier. Kai Wegner forderte Siemens erneut auf, Standorttreue zu beweisen und die Jobs der Siemensianer dauerhaft zu sichern.

Reinickendorf

Oraniendamm 6-10, Aufgang D, 13469 Berlin, Tel.: 496 12 46 Fax : 496 30 53, info@cdu-reinickendorf.de, www.cdu-reinickendorf.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23 Email: info@cdu-spandau.de Internet: www.cdu-spandau.de

Mitte

Triftstraße 41, 13353 Berlin Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144 Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de Internet: www.cdumitte.de

Pankow

Berliner Straße 38, 13189 Berlin Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377 Email: kgs@cdupankow.de Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin Tel.: 5130 51200, Fax: 5130 51209 Email: post@cdu-lichtenberg.de Internet: www.cdu-lichtenberg.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin Tel.: 56 69 74 54, Fax: 56 69 74 55 Email: info@cduwuhletal.de Internet: www.cduwuhletal.de

Treptow-Köpenick

Dörfeldstr. 51, 12489 Berlin Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872 Email: info@cdu-tk.de Internet: www.cdu-tk.de

Die CDU in den Berliner Bezirken

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin Tel.: 8010 9410, Fax: 8010 94119 Email: kontakt@cdusz.de Internet: www.cdusz.de

Neukölln

Britzer Damm 113, 12347 Berlin Tel.: 687 22 99, Fax: 688 09 747 Email: info@cdu-neukoelln.de Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582 Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Rathaus Charlottenburg, Raum 229, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50 Email: info@city-cdu.de Internet: www.city-cdu.de

Tempelhof-Schöneberg

Kolonnenstraße 4, 10827 Berlin Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74 Email: info@cdu-ts.de Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Impressum CDU-Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -16

REDAKTIONSLEITUNG Stefan Evers; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze; REDAKTION: Janine Pietsch, Georg Gremse; Satz/Bild Stefan Liefänder; Druckerei Vettters;

Bildnachweis von oben links nach unten rechts: S. 1: istock@BraunS; S.2: istock@yuryimaging; S. 3: Christoph Rieken; S. 4: Dirk Reitze, Büro Gröhler; S. 5: Tobias Koch, Laurence Chaperon, Büro Luczak; Seite 6 S. istock@kerrick, CDU-Fraktion Berlin, istock@jeffbergen; S. 7: iStock@vspn24, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Andreas Praefke, Jochen Gößmann, iStock@wojciech\_gada, Fraktion CDU Berlin, privat; S. 8: pixabay@tolmacho, iStock@RichVintage, privat; S. 9: privat, pixabay; S. 10: pixabay, privat, Olympia Stadion GmbH, Büro Steffel; S. 11: CDU-Fraktion Berlin, pixabay; S. 12: Büro Heilmann, Büro Wegner; S. 13: Grafik CDU Berlin; S. 14: privat, Michael Tiedemann; S. 15: privat; S. 16: Konrad-Adenauer-Stiftung, privat, Karina Filusch

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal.

# UNION VOR ORT



## Politischer Aschermittwoch der CDU Mitte

In diesem Jahr war Burkard Dregger, Sprecher der CDU-Fraktion für Inneres, Hauptredner des traditionellen Politischen Aschermittwochs im Paulaner am Spreebogen. „Wir dürfen unsere Stadt nicht Rot-Rot-Grün überlassen!“, darüber waren sich am Ende des Abends alle Anwesenden einig.

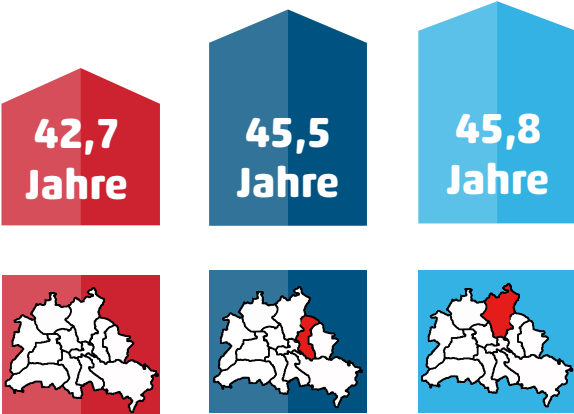


Mitglieder der Senioren Union Pankow waren im März zu Gast im Abgeordnetenhaus. Im Mittelpunkt der Diskussion mit Dr. Gottfried Ludewig standen die Themen Gesundheit, Pflege im Alter sowie ärztliche Versorgung in der Stadt und auf dem Land.



Beim Jahresempfang der MIT Neukölln und der Neumitglieder Begrüßung der CDU Neukölln, gab der Generalsekretär, Stefan Evers, einen interessanten Einblick in die Berliner Politik, mit dabei Kreisvorsitzender Falko Liecke (links) und MIT-Vorsitzender Olaf Schenk (rechts).

Der Kreisverband Lichtenberg hat die derzeit jüngste Mitgliedschaft mit einem Durchschnittsalter von 45,47 Jahren - knapp dahinter: Pankow mit 45,80 Jahren. Der durchschnittliche Berliner ist 42,7 Jahre alt.



**16** Jahre muss man alt sein, um in die CDU einzutreten. Genauso wie das jüngste Mitglied der Berliner CDU, welches aus Pankow kommt.



**72** Jahre bereits sind die drei ältesten Mitglieder der Berliner CDU ihrer Partei treu. Sie alle traten im Gründungsjahr 1945 ein. Geboren wurden die zwei Männer und eine Frau zwischen 1924 und 1927.

Cem Özdemir lobte bei seiner Neujahrsansprache bei der CDU Frohnau im Februar das berlinweit beste Ergebnis der CDU bei der Bundestagswahl durch Frank Steffel: „Hier im Norden Berlins scheint die schwarze Welt noch in Ordnung zu sein!“



Am 7. März 2018 kam der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Kai Wegner nach Spandau, um über die Frage „Terror und Gewalt - Ist Berlin noch sicher?“ zu diskutieren.

**TERMIN VORMERKEN**

Am 17. April findet die nächste „STADTDEBATTE:BERLIN“ statt. Das Thema dieses Mal: „Digitalisierung in der Stadt der Zukunft“. In fünf Minuten stellen Vordenker und Macher fünf kontroverse Thesen, spannende Ideen oder politische Forderungen vor. Um 19 Uhr beginnt die Veranstaltung bei Microsoft Berlin, Unter den Linden 17, 10117 Berlin. Anmelden können Sie sich ganz einfach unter [anmeldung@cdu.berlin](mailto:anmeldung@cdu.berlin) oder telefonisch unter 030/326904 0.



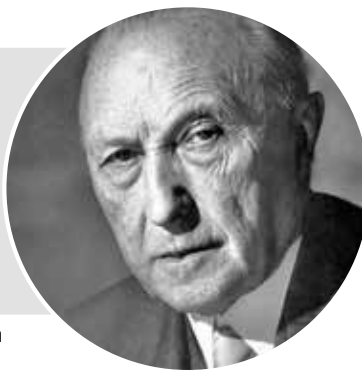
Diskussionsveranstaltung zum Koalitionsvertrag der GroKo unter anderem mit Florian Graf, MdA, Dr. Jan-Marco Luczak, MdB, Generalsekretär Stefan Evers, MdA, und Klaus-Dieter Gröhler, MdB.



In Steglitz-Zehlendorf haben interessierte Mitglieder in gemütlicher Runde dem Kreisvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Thomas Heilmann über den Koalitionsvertrag diskutiert. Moderiert wurde die Veranstaltung von Adrian Grasse, MdA.

„Ich war bereit - das muss man immer sein -, auch von politischen Gegnern zu lernen; denn jeder von uns hat das Recht, klüger zu werden!“

Konrad Adenauer, 3. Bundesparteitag der CDU 1952 in Berlin



## Die CDU – seien Sie mit von der Partie

Im Englischen klingt das Wort für politische Partei - „Party“ -, viel weicher und unterhaltsamer als im Deutschen. Und doch gehen die Wörter „Partei“, „Partie“ oder „Party“ auf eine lateinische Wurzel zurück, die „teilen“, „Teil“ oder „Bestandteil“ bedeutet.

Als Teil der Parlamente und der gesellschaftlichen Debatte prägte die Christlich Demokratische Union Deutschlands seit ihrer Gründung 1945 wesentliche Entscheidungen und Wegmarken der deutschen Geschichte. Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, Europäische Einigung und Deutsche Einheit - um nur die wichtigsten zu nennen. In den bislang 68 Jahren eines bundesdeutschen Parlaments kamen fünf der bislang acht Bundeskanzler von der CDU, welche zusammen 48 Jahre an der Spitze einer Regierung standen.

Doch nicht nur in den Parlamenten oder in den kommunalen

Vertretungen wird debattiert. Politische Diskussionen finden regelmäßig auch in den berlinweit 89 Ortsverbänden, verteilt auf wiederum 12 Kreisverbände, statt. Aber das ist zum Glück nicht alles. Auch das Feiern, die Party also, hat ihre Berechtigung in der CDU. Geselligkeit unter Gleichgesinnten ist nicht nur bei Sommerfesten und Weihnachtsfeiern wichtiger Bestandteil der Mitgliedschaft.

Sollten Sie noch nicht Mitglied der CDU sein, aber zum Beispiel die meisten politischen Inhalte dieser Zeitung teilen, so kommen Sie doch zu uns. Werden Sie Teil der größten politischen Familie in Deutschland - zusammen mit der bayrischen Schwester sind weit über eine halbe Million Menschen in der Union organisiert. Alle Informationen finden Sie zum Beispiel unter [www.cdu.de/mitglied-werden](http://www.cdu.de/mitglied-werden) oder fragen Sie nach in einer der Kreisgeschäftsstellen (siehe Seite 13).

Die, die schon Mitglied sind, dürfen wir ermuntern, sich weiterhin in ihrer Partei einzubringen. Haben Sie sich schon bei den Foren des Landesverbandes eintragen lassen? Bekommen Sie regelmäßig unseren Newsletter, die Einladungen des Landesverbandes zum BerlinSalon oder der Werkstatt Europa? Sie können ansonsten ganz einfach Ihre E-Mail-Adresse unter [www.cduplus.cdu.de](http://www.cduplus.cdu.de) selbst aktualisieren. In den Foren können Sie auch ohne eine Mitgliedschaft mitmachen. Das Anmeldeformular finden Sie auf [www.cdu.berlin](http://www.cdu.berlin), dann weiter unter „Partei“, „Mitmachen“ und „Themen“.

Da wir eingangs sprachlich schon ins alte Rom gewandert sind, geht das Schlusswort an einen berühmten römischen Staatsmann. „Nicht Berechnung macht Menschen zu Freunden, sondern das Bedürfnis nach verständnisvoller Gemeinsamkeit.“ Marcus Tullius Cicero (106 - 43 v. Chr.)

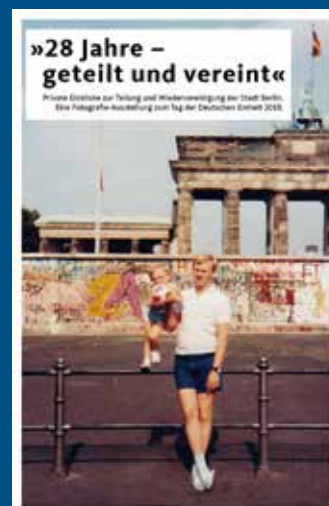
## 28 Jahre – geteilt und vereint

Private Einblicke auf Teilung und Wiedervereinigung der Stadt Berlin.

Eine Fotografie-Ausstellung zum Tag der Deutschen Einheit 2018. Mit dem Fall der Mauer endete vor 28 Jahren die traurige und ebenso lange Ära der geteilten Stadt Berlin. Die Bilder von glücklichen Menschen, die im November 1989 den Prozess der Wiedervereinigung

Deutschlands und Europas bejubelten, gingen damals um die Welt und sind im Gedächtnis geblieben.

Die Fotografie-Ausstellung »28 Jahre – geteilt und wiedervereint« möchte neue Bilder entdecken und den Zirkel mit einer Auswahl origineller und bislang unveröffentlichter, privater Fotografien aus 28 Jahren Teilung und Wiedervereinigung schließen. Haben Sie zu



diesem Thema spannende, private Fotografien, die Sie gerne der Öffentlichkeit zeigen möchten? Dann kontaktieren Sie bitte den CDU Landesverband unter: [cduberlin@cdu.berlin](mailto:cduberlin@cdu.berlin).

Unter den eingesendeten Bildern werden insgesamt 28 Bilder ausgewählt und im CDU Landesverband Berlin von Oktober 2018 bis Sommer 2019 ausgestellt werden.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme!

